

Bei den Bürgermeistern nachgefragt



BM Thomas Schmidt (Teltow)



BM Michael Grubert (Kleinmachnow)



BM Bernd Albers (Stahnsdorf)

■ **Herr Bürgermeister, die 12 Favoriten der Bürger aus dem Bürgerhaushaltsverfahren stehen fest. Der Vorschlag, eine Pferdesteuer einzuführen, konnte 148 Stimmen sammeln und landete somit auf Platz 7. Wie stehen Sie dazu?**

Bereits im Hauptausschuss wurde das Thema diskutiert. Anwesend waren auch 40 bis 50 Vertreter des Reitsports. Eine Pferdesteuer in Teltow ist nach intensiver Diskussion der Stadtratsmitglieder nun kein Thema mehr. Wir werden das Begehren unserer Bürger natürlich trotzdem ernst nehmen. Daher wollen wir Alternativen zu einer Pferdesteuer prüfen. In Diskussion ist beispielsweise eine Pferdeplakette, wie es es auch schon in anderen Kommunen gibt. Vereinbart ist auch, dass wir uns zusammen mit den Vertretern des Reitsports an einen Tisch setzen, um das Thema zu diskutieren. Darüber hinaus werden die regionalen Pferdehalter eine AG gründen, um sich mit der Bürgerintention auseinanderzusetzen. Daher hat das Ganze bis hierher schon einiges bewirkt.

■ **Mitte September wurde der Radweg zwischen dem Regional- und S-Bahnhof Teltow an der Mahlower Straße fertiggestellt. Gibt es weitere Pläne zur Verbesserung der Radwegsituation?**

In der Tat. In der Planung ist derzeit eine Radwegverbindung zwischen der Ruhlsdorfer Straße und dem S-Bahnhof entlang der Gonfrevillestraße. Auch die Ruhlsdorfer Straße muss unbedingt mit einem Radweg versehen werden. Ich hoffe auf einen Baubeginn im kommenden Jahr.

■ **Herr Bürgermeister, der Heimatverein ist seit längerem auf der Suche nach einer neuen Bleibe. Nun soll die Gemeinde die Errichtung eines Museums für Kleinmachnow prüfen, in das auch die Heimatfreunde ziehen können. Was ist geplant?**

Wir sind entschlossen, ein Museum für unseren Ort zu entwickeln. Zusammen mit dem Museumsverband Brandenburg e.V. möchten wir im Kultur- und Sozialausschuss Vorschläge für ein Konzept erarbeiten, das dann Anfang 2015 erstellt werden soll. Erst danach kann die Frage geklärt werden, wo das Museum untergebracht werden soll. Denkbar ist neben der Alten Schule am Zehlendorfer Damm auch das Holzhaus in der Karl-Marx-Straße 117.

■ **Mitte September fand die Landtagswahl in Brandenburg statt. Was wünschen Sie sich von der neuen Landesregierung?**

Erst einmal möchte ich mich bei allen Wahlhelfern und Wählern bedanken. Mit 68 Prozent lag die Wahlbeteiligung in der Gemeinde deutlich über dem landesweiten Durchschnitt. An die neue Landesregierung habe ich drei Wünsche: Zuerst hoffe ich, dass es eine offene Diskussion zum Thema S-Bahn-Verlängerung und der Stammbahn geben kann. Aus der Bevölkerung gibt es den Wunsch, die Polizeipräsenz weiter zu erhöhen, um allgemein für mehr Sicherheit zu sorgen. Als letzten Wunsch habe ich, dass die Politiker ihr Wahlkampfversprechen einlösen, die Bildungspolitik voranzubringen, und weitere Lehrer einstellen.

■ **Herr Bürgermeister, es gibt den Vorschlag, für Stahnsdorf ein städtebauliches Konzept zu erarbeiten. Wo liegen die Chancen und Risiken für die Entwicklung des Ortes?**

Stahnsdorf verfügt seit 2013 über ein städtebauliches Gesamtkonzept, welches unsere Entwicklung für die nächsten 20 Jahre definiert. Stahnsdorf versteht sich als Gemeinde im Grünen am Rand der Metropole. Dieses Konzept sieht vor, wie die Flächen langfristig zu nutzen sind. Es enthält die Standorte aller Einrichtungen für soziale Zwecke wie Kitas, Schulen, Jugend, Senioren, Sport, Spielplätze, Bürgerhäuser, aber auch Nahversorgungszentren, Verwaltung und die bedeutsamen Verkehrsverbindungen und nennt sich Flächennutzungsplan. Sieht man sich die Vorschläge der Antragsteller genau an, geht es um weitere Siedlungsentwicklung. Dies überfordert den Ort jedoch in der sozialen und Verkehrsinfrastruktur. Unsere Kitas und Schulen sind ausgelastet. Geh-/Radwege und viele Straßen warten auf ihre Herstellung. Dies sind die Aufgaben, denen wir uns vorrangig widmen sollten. Gleichwohl wird auch neuer Wohnraum zur Verfügung stehen, wenn demnächst die Baulücke an der Heinrich-Zille-Straße geschlossen wird. Da der Ort behutsam weiter wächst, sind auch der Feuerwehreneubau an der Annastraße und das Bürgerhaus am Dorfplatz wichtige Bausteine für unsere künftige Ortsentwicklung. Ergänzt wird dies durch unser beharrliches Einfordern des Wiederanschlusses an das S-Bahn-Netz und die Anbindung des Gewerbegebietes an die Landesstraße Schönefeld – Großbeeren – Potsdam.

Aus den Rathäusern

Politiker gegen Genmais

■ **Stahnsdorf.** Es sollte eines der wenigen Themen auf der Tagesordnung der vergangenen Sitzung der Gemeindevertreter bleiben, bei dem diese sich einig waren. 20 der 22 anwesenden Gemeindevertreter stimmten dafür, dass Stahnsdorf Genmaissfrei bleiben soll. Eingereicht hatte den Beschlussvorschlag die Fraktion B90/Grüne. „Die Verhandlungen sind zu führen, um ein Zeichen gegen den Anbau zu setzen. Der Anbau von genmanipuliertem Mais ist nicht zielführend und kann zu mehr Pestizid-Einsatz führen“, begründete der Fraktionsvorsitzende Thomas Michels den Prüfantrag. Von 22 anwesenden Gemeindevertretern stimmten 21 mit Ja, lediglich eine Person stimmte gegen den Beschlussvorschlag. Ob Stahnsdorf gänzlich von Genmais verschont bleibt, ist fraglich. Verboten kann die Gemeinde den landwirtschaftlichen Betrieben den Anbau von genmanipuliertem Mais nicht. „Wir haben keine Macht darüber“, klärte auch der CDU-Fraktionsvorsitzende auf. Er hofft, dass sich die Landwirte freiwillig dazu bereit erklären, keinen Gen-Mais anzubauen.

Hitziger zu ging es zwischen den Gemeindevertretern, als eine alte Bekannte an der Reihe war. Bereits im vergangenen Jahr beschlossen die Mitglieder der Gemeindevertretung, 10000 Euro an eine von den Hochwasserkatastrophen betroffene soziale Einrichtung in Brandenburg zu spenden. Die Spenden der Gemeinde Kleinmachnow und der Stadt Teltow, so steht es in der Drucksache, wurden bereits überwiesen, doch nicht die aus Stahnsdorf. Im September landete die Vorlage zur Beschlussfassung erneut auf den Tischen der Gemeindevertreter. „Ich bedauere, dass Mittel des Haushalts extern nicht ausgegeben werden dürfen“, begründete Bürgermeister Bernd Albers die nicht getätigte Spende. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Dietmar Otto (SPD), konnte Albers' Reaktion nicht verstehen, gab mehrmals die Leitung der Gemeindevertretersitzung an seinen Stellvertreter Michael Grunwaldt (Bürger für Bürger) ab, um mitzudiskutieren. Am Ende konnte der Beschluss nach 2013 mit 12 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen (unter anderen Bernd Albers) und acht Enthaltungen erneut angenommen werden. ste ■

Ausbau der Schopfheimer Allee wird teurer

■ **Kleinmachnow.** Für den Ausbau der Schopfheimer Allee werde mehr Geld als geplant benötigt. Entsprechend der aktualisierten Kostenberechnung sind neben den bereits 901 502 Euro weitere Finanzmittel in Höhe von 494 000 Euro für das Haushaltsjahr 2015 zur Verfügung zu stellen. Die Beschlussvorlage reichte Bürgermeister Michael Grubert im Hauptausschuss Mitte September ein. Als Gründe nannte Grubert unter anderem die Verbreiterung der Fahrbahn von 5,50 Meter auf 6,50 Meter und die veränderte Bauklasse der Fahrbahn für stärkeren Busverkehr.

Für Grünen-Politikerin Barbara Sahlmann war es erstaunlich, welche Ausmaße der Bau der Schopfheimer Allee annehme. Rainer Templin von der BIK nannte es einen Skandal, dass die Kosten bereits vor Beginn der Baumaßnahmen steigen und zog einen Vergleich: „Das hat man nicht

einmal beim BER geschafft.“ Obwohl auch Klaus-Jürgen Warnick (Linke) nicht erfreut über die Erhöhung der Baukosten ist, rief er dazu auf, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Für ihn tragen die Verhinderer des Bauprojekts die Verantwortung an der Kostenerhöhung. „Wenn wir dagegen stimmen, wird das Projekt noch teurer“, prophezeite der Linken-Politiker und erinnerte daran, dass Schüler die Leidtragenden sein werden, wenn es nicht zum Ausbau der Schopfheimer Allee kommen werde.

Auf der Gemeindevertretersitzung am 2. Oktober wird dann entschieden, ob weitere Finanzmittel zum Straßenbau bereitgestellt werden. Geben die Gemeindevertreter grünes Licht, so soll die Maßnahme laut Bürgermeister Michael Grubert bereits 2015 fertiggestellt werden.

Stefanie Jakob ■

Stadtverordnete sind sich einig



■ **Teltow.** Wie bereits zur vergangenen Sitzung des Hauptausschusses waren auch zur Stadtverordnetenversammlung Vertreter des Pferdesports gekommen. Vorangegangen war ein Vorschlag im Bürgerhaushalt über eine Pferdesteuer, um den Neubau von Reitwegen und die Wiederherstellung von Reitwegen finanzieren zu können. Ihren Unmut brachten die Reiter bereits im Hauptausschuss vor, in der auch die Beschlussvorlage geändert wurde: Statt einer Pferdesteuer soll die Möglichkeit einer Reitwegemarker

und anderer geeigneter Instrumente zur Verbesserung der Reitwegesituation geprüft werden. Dem stimmte unter anderem auch CDU-Fraktionschef Ronny Bereczki zu: „Wir wollen für alle Beteiligten eine Lösungen finden.“ Erfreut war er darüber, dass sich die Reiter bei der Suche nach einer Lösung einbringen wollen.

Nun werden nach die Möglichkeiten, die Reitwegesituation zu verbessern, geprüft. Diese soll der Bürgermeister dann am 8. Dezember im Hauptausschuss vorstellen.

Auch zu den weiteren Beschlussvorlagen aus dem Bürgerhaushalt herrschte größtenteils große Einigkeit. So stimmten alle Stadtverordneten zu, zwei Realisierungsmöglichkeiten für eine Schwimmhalle zu prüfen oder dass sichergestellt werden soll, dass im Zuge des Ausbaus der Ruhlsdorfer Straße auch eine Radwegverbindung zwischen Ruhlsdorf, Genshager Straße, und Teltow, vor allem zum S-Bahnhof, geschaffen wird.

S. Jakob ■